

Grüne Eckpunkte für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Wir Grüne stehen für konsequenten Umwelt-, Tier- und Klimaschutz und kämpfen für gute
- 2 Qualität der Böden, sauberes Wasser und reine Luft. Wir machen uns stark für den Schutz der
- 3 Arten, die auf unserem Planeten leben. Auf diese Grundlage beruht Grüne Agrarpolitik.
- 4 Verbraucher*innen sind auf gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel angewiesen und
- 5 Bäuer*innen
- 6 in Europa wie in anderen Ländern auch auf faire Bedingungen am Markt. Daher brauchen wir
- 7 eine global gerechte Agrarwende hin zu einer ökologischen europäischen Landwirtschaft, die
- 8 die Vielfalt der Regionen Europas berücksichtigt. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der
- 9 17 Ziele der Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals). Insbesondere ist die
- 10 Umsetzung der Ziele nachhaltige Landwirtschaft, verantwortungsvoller Konsum und das Leben
- 11 auf dem Land für eine europäische nachhaltige und faire Landwirtschaft wichtig.
- 12 Wir streiten seit langem dafür, bestehende Spielräume für die Agrarwende im Rahmen der
- 13 Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf mitgliedstaatlicher Ebene
- 14 auszunutzen. Für die GAP nach 2020 fordern wir eine ziel- und leistungsorientierte
- 15 Förderpolitik, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und der Handelspolitik
- 16 abgestimmt ist. Solch eine Neuausrichtung der GAP muss die gesamte Wertschöpfungskette
- 17 von
- 18 den landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion, den Handel und die Verarbeitung bis
- 19 hin zu den Verbraucher*innen in den Blick nehmen. Unser agrar- und ernährungspolitisches
- 20 Ziel ist es, alle Menschen mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen, die Grenzen unseres
- 21 Planeten zu respektieren und dabei regionale Wirtschaftspotentiale hier wie außerhalb der EU
- 22 zu entwickeln.
- 23 Europas gemeinsame Agrarpolitik wurde eingeführt, um unter anderem eine stabile Versorgung
- 24 mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Seit 2003 werden 70 Prozent der GAP-
- 25 Subventionen, also rund 40 Milliarden, über die so genannte 1. Säule als pauschale
- 26 Flächenprämie an die Betriebe ausgeschüttet. Diese leistungsungebundenen Zahlungen
- 27 belohnen
- 28 lediglich Besitz und Größe und verstärken so das „Wachsen oder Weichen“ in der
- 29 Landwirtschaft. Durch das sogenannte Greening wurde zwar ein Teil der Zahlungen seit 2013 an
- 30 Umweltleistungen gekoppelt, die Anforderungen wurden jedoch im Zuge der Verhandlungen
- 31 stark
- 32 aufgeweicht. Die anderen 30 Prozent des GAP-Budgets werden als leistungsgebundene 2. Säule
- 33 für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima-, Tier-, Arten- oder
- 34 Naturschutz verwendet. So entspricht die 2. Säule stärker dem Grundsatz „öffentliches Geld
- 35 für öffentliche Güter“. Diese Gelder müssen im Gegensatz zu den Direktzahlungen der 1. Säule
- 36 durch die Bundesländer kofinanziert werden.

33 Auch nach der GAP-Reform von 2013 gingen der dramatische Strukturwandel hin zu immer
34 weniger
35 und immer größeren Betrieben und das Höfesterben in der bäuerlichen Landwirtschaft weiter.
36 Die Ausrichtung der GAP auf Kostenführerschaft und Export erwies sich als Sackgasse für
37 viele Betriebe. Zudem zeigte sich, dass die Maßnahmen zum Schutz des Klimas, des Bodens,
38 der
39 Gewässer und der Arten bei weitem nicht ausreichen. Denn Billigessen ist nur an der Kasse
40 billig. Die Folgekosten der fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft etwa durch
41 Trinkwasseraufbereitung, Sanierung von Gewässern, Naturschutzmaßnahmen zum Ausgleich für
42 die
43 schwindende Artenvielfalt oder Kosten im Gesundheitssystem, tragen nicht die
44 Verursacher*innen sondern die öffentliche Hand. Somit zahlen Steuerzahler*innen dreifach für
45 Lebensmittel: An der Ladentheke, durch Steuergelder im Rahmen der GAP und durch
46 Steuergelder
47 für die externalisierten Kosten industrieller Landwirtschaft. Viele kleine Betriebe hingegen
48 können im Wettbewerb mit der Agrarindustrie oft nicht mithalten – obwohl sie produzieren,
49 was europäische Verbraucher*innen zunehmend nachfragen: regional, saisonal oder bio.
50 Die gemeinsamen Herausforderungen der EU wie beispielsweise die Bekämpfung der
51 Jugendarbeitslosigkeit und der Brexit, durch den die EU einen Nettozahler verlieren wird,
52 erhöhen den Druck auf den EU-Haushalt und somit auch den Druck zu Ausgabenkürzungen im
53 Agrarhaushalt. Für uns ist aber klar: Die europäische Agrarwende braucht die Unterstützung
54 der öffentlichen Hand - allerdings anders als bisher. Landwirt*innen sollen vergütet werden
55 - wenn sie gesellschaftliche Ziele umsetzen, die über den gesetzlichen Standard hinausgehen.
56 Zentral ist die Schaffung von zusätzlichen ökologischen Vorrangflächen. Zudem sollen mehr
57 biodiversitätsfördernde Maßnahmen wie z.B. Blühstreifen, Hecken und Feldlerchenfenster
58 gefördert werden.
59 In einer Politik unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als
60 unkonditionierte Leistung nicht erhalten bleiben. Um die GAP neu zu legitimieren, soll sie
61 folgende Eckpunkte umfassen.

58 Zehn Eckpunkte für die GAP nach 2020

59 **1. Schutz der Artenvielfalt, Gewässer und Böden**

60 Monokulturen, Pestizide, ein zu hoher Nährstoffeinsatz, schwere Geräte auf den Äckern und
61 Flächenverbrauch schädigen unsere Natur besorgniserregend. Die Zahl an ausgestorbenen und
62 bedrohten Arten hat dramatische Ausmaße angenommen. Bisherige Bemühungen um Greening,
63 Förderung von Blühstreifen, Fruchtfolgeauflagen oder integrierter Pflanzenschutz wurden
64 regelmäßig soweit aufgeweicht, dass die Maßnahmen nicht den notwendigen Erfolg gezeigt
65 haben. Eine Ökologisierung der Landwirtschaft soll grundlegende Zielsetzung der GAP sein,
66 damit unsere Landschaft nicht weiter in Schutz- und Schmutzgebiete auseinander driftet.
67 Landwirtschaftliche Flächen müssen gleichzeitig Lebensraum für Vögel, Insekten, wildlebende
68 Kleintiere und Wildkräuter sein. Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der natürlichen
69 Bodenfruchtbarkeit und Gewässerreinigung müssen honoriert werden. Es müssen deutliche
70 Regeln für den Verzicht auf Pestizide, für weniger Nährstoffeinsatz, Fruchtfolgen und

71 natürliche Flächen wie zum Beispiel Gewässerrand- oder Blühstreifen sowie Hecken gesetzt
72 werden. Auch in Naturschutzgebieten wird Landwirtschaft betrieben. Das widerspricht dem Ziel
73 des Naturschutzes, daher soll der Einsatz von Pestiziden in Naturschutzgebieten nicht mehr
74 gestattet sein.

75 **2. Klimaschutz**

76 18 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgase werden in der Landwirtschaft
77 erzeugt. Die industrielle Tierhaltung verursacht große Mengen klimaschädlicher Gase wie
78 Lachgas und Methan. Zudem setzen großflächige Urwaldabholzung für Futtersoja und Palmöl,
79 die
80 Zerstörung von Moorböden und der ungezielte und übermäßige Einsatz von Stickstoffdünger in
81 der Agrarwirtschaft große Mengen an Treibhausgasen frei. Politisch muss deshalb die
82 gentechnikfreie Futtermittelerzeugung vor Ort, der Schutz von Wäldern, Mooren und
83 klimaschützender Ackerbau ohne CO₂-intensive Inputs unterstützt werden. Massentierhaltung
84 muss beendet werden. Die Tierhaltung muss flächengebunden an die naturräumlichen
85 Voraussetzungen angepasst werden - dort, wo das Futter von weit her gekarrt werden muss,
86 sollten weniger Tiere gehalten werden. Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben
87 wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Noch wird es uns
88 gelingen, die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden
tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können.

89 **3. Tierschutz**

90 Die rasante Veränderung landwirtschaftlicher Betriebe hat in den letzten Jahrzehnten zu
91 großem Tierleid geführt. Es sind Haltungsformen und Zuchtlinien entstanden, die Qualzuchten
92 darstellen, die Tiergesundheit negativ beeinflussen und ethisch nicht tolerierbar sind.
93 Zudem wird die Erhaltung vielfältiger und regional angepasster Tierrassen, der Beitrag von
94 Tieren zu Kulturlandschaften und die biodiversitätsfördernde und besonders tiergerechte
95 Beweidung nicht ausreichend honoriert. Den Umbau zu einer gesellschaftlich akzeptierten
96 Tierhaltung soll ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden. Wir fordern deshalb, die GAP-
97 Mittel verstärkt für den Umbau der Tierhaltung einzusetzen. Dabei sollen keine kosmetischen
98 Korrekturen, sondern große Schritte für bessere Haltungsbedingungen gefördert werden,
99 beispielsweise durch ganzjährige Weidehaltung von Robustrassen. Weiterhin sollen mobile
100 Schlachteinrichtungen gefördert werden, um Lebendtransporte von Schlachttieren zu
vermeiden.

101 **4. Ausbau ökologischer Landwirtschaft**

102 Wir wollen den ökologischen Landbau fördern. Denn die ökologische Landwirtschaft erfüllt
103 durch ihr Kreislaufdenken und ihren Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger den höchsten
104 Standard im Hinblick auf den Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima. Biolebensmittel
105 weisen zudem deutlich weniger Rückstände von Pestiziden und Antibiotika auf und sind daher
106 gesünder. Dieser Goldstandard muss besonders gefördert werden, denn er ist Vision, Vordenker
107 und Innovator für eine vielfältige und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft. Durch
108 gezielte Hilfen soll die Zahl von Biobetrieben maßgeblich gesteigert werden. Derzeit wird
109 Ökolandbau erst auf etwa 8% der landwirtschaftlichen Flächen betrieben. Wir wollen diese Art
110 der menschen-, tier- und umweltverträglichen Landwirtschaft erheblich ausbauen. Die Förderung

111 der Landwirtschaft soll so an ökologische Kriterien geknüpft werden, dass die gesamte
112 landwirtschaftliche Fläche in absehbarer Zeit klima- und umweltgerecht bewirtschaftet wird.

113 **5. Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft**

114 Ausdrücklich räumen wir der Arbeit in der Landwirtschaft einen besonderen Stellenwert ein.
115 Denn die ökologische Verantwortung für die Natur, die ökonomische Verantwortung für den
116 Lebensunterhalt und die regionale Verantwortung der Vertriebswege stellen hohe
117 Anforderungen. Kleinere Betriebe wirtschaften zwar nicht automatisch ökologischer, erfüllen
118 aber wichtige Funktionen für ländliche Räume. Wir wollen die Vielfalt der Betriebe erhalten
119 und die Betriebe unterstützen, die durch eine ökologische Anbauweise und durch tiergerechte,
120 kreislaufbasierte Tierhaltung die Umwelt schützen, anstatt sie zu belasten. Der bäuerliche
121 Beruf soll wieder eine Zukunftsperspektive auch für den Nachwuchs werden.

122 Aufwendige, bürokratische Anträge und eine ungebundene Flächenprämie helfen großen,
123 intensiven Betrieben. Daher ist es besonders wichtig, die bürokratischen Anforderungen der
124 Gelder der 2. Säule zu senken, um Naturschutzmaßnahmen beispielsweise auch in Mittel- und
125 Osteuropa leichter umsetzbar zu machen. Naturschutz wird auch dann eher umgesetzt, wenn
126 die Pacht für die Flächen niedrig ist. Dem widerspricht aber die Logik der 1. Säule, die die
127 Pachten derzeit in die Höhe treibt. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss die
128 Gemeinsame Marktordnung eine zentralere Position im Rahmen der GAP einnehmen und
129 wirksame
129 Kriseninstrumente zum Beispiel zur Mengenregulierung bei Milchmarktkrisen beinhalten. Diese
130 sozial- und agrarpolitische Maßnahmen betreffen die gesamte Wertschöpfungskette, in der
131 Bäuer*innen gegenüber dem vorgelagerten Bereich, der Lebensmittelverarbeitung und dem
132 Handel
132 sowie der Aufbau lokaler Märkte gestärkt werden müssen.

133 **6. Wissenschaft, Beratung, Bildung und Information**

134 Für die Entwicklung hin zu einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft müssen
135 Wissenschaft und Forschung viel mehr auf den Schutz von Boden, Wasser, wildlebenden
136 Pflanzen
136 und Tieren sowie dem Klima abzielen. Dazu muss die Forschungsförderung auf diese
137 Fragestellungen ausgerichtet und der Wissenstransfer in die Praxis gewährleistet werden.
138 Eine fortschrittliche nachhaltige Landwirtschaft kann nur durch umfassende Beratung entlang
139 der gesamten Wertschöpfungskette erreicht werden. In Ausbildung und Studium muss der
140 ökologischen Landwirtschaft sowie agroökologischen Wirtschaftsweisen einen wesentlich
141 höheren Stellenwert eingeräumt werden. Das Wissen über landwirtschaftliche
142 Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung nimmt ab und damit auch die Wertschätzung
143 von
143 landwirtschaftlicher Arbeit und Erzeugnissen. Eine umfassende Ernährungsbildung in Kitas und
144 Schulen kann die Menschen bei der Entscheidung für das richtige Lebensmittel unterstützen.

145 **7. Regionale Wirtschaft in ländlichen Regionen**

146 Viele ländliche Regionen Europas stehen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft vor
147 großen Herausforderungen. Qualifizierte Arbeitsplätze gehen zunehmend verloren, junge

148 Menschen zieht es in die Städte und ganze Landstriche drohen zu veröden. Andere ländliche
149 Regionen Europas wie beispielsweise Teile Rumäniens und Bulgariens besitzen noch viel
150 Entwicklungspotential in der Landwirtschaft. Um ländlichen Regionen hier Perspektiven zu
151 eröffnen, müssen die Gelder der GAP auch dazu beitragen, regionale Wirtschaftspotentiale zu
152 entwickeln. So kann etwa die Gründung von Regionalmarken Verbraucher*innen für den
153 heimischen Markt gewinnen. Wichtig dafür sind jedoch hohe Standards, damit
154 Verbraucher*innen
155 bei Regionalität auf gute Qualität und ökologische Erzeugung schließen können. Ein
156 Schwerpunkt soll dabei auf dem Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten, regionaler
157 (Direkt-)Vermarktung und handwerklicher Lebensmittelverarbeitung liegen. Wie die aktuellen
158 positiven Entwicklungen in der Biobranche und bei den Direktvermarktern zeigen, hat Grüne
159 Politik hier schon Gewinner erzeugt. Neue Modelle der Stadt-Land-Kooperationen wie die
160 solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte können jungen Menschen auf dem Land eine
161 Zukunft eröffnen und Menschen in der Stadt regionale Lebensmittel liefern. Wir wollen den
162 ländlichen Raum bei der Wertschöpfung der Lebensmittelbranche maßgeblich beteiligen und
163 ländliche Räume mit ihren spezifischen Traditionen und Kulturlandschaften unterstützen.

163 **8. Transparente Kennzeichnung**

164 Wir wollen eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln, um die Agrarwende zu
165 beschleunigen.
166 Noch klarer ist die Kennzeichnung beim Hühnerei: eine einfache Zahl gibt Auskunft über
167 Haltungsbedingungen der Legehennen und bietet Verbraucher*innen somit eine echte
168 Entscheidungsmöglichkeit beim Einkauf. Das Bio-Siegel bietet eine eindeutige Orientierung an
169 der Ladentheke, die die ökologische Landwirtschaft unterstützt. Wir fordern nach diesem
170 Vorbild eine transparente und eindeutige Kennzeichnung für alle Lebensmittel, die
171 Verbraucher*innen Klarheit über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte bringt. In ganz
172 besonderem Maße gilt dies für den Bereich der verarbeiteten Produkte: Hier müssen klare
173 Herkunftskennzeichnungen und eindeutige Angaben zur Art der Erzeugung her, damit
174 Verbraucher*innen eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Damit schaffen wir mehr
175 Transparenz, mehr Konsumentensouveränität und auch mehr Lebensmittelsicherheit. Dabei
176 sollen
177 kleinere Betriebe nicht mehr belastet werden als hochtechnisierte Großbetriebe. Wir wollen
178 eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung schaffen und setzen uns ein für eine klarere
179 Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln. Zur Agrarwende gehört für uns
180 auch, die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Warenkette durch verbindliche
181 Ziele
182 ebenso wie die Verpackungsflut zu begrenzen.

180 **9. Agenda 2030 und SDG 2 konsequent umsetzen**

181 Das Menschenrecht auf Nahrung muss global gesichert werden. Die globale Agrarwende und
182 der
183 Kampf gegen Hunger und Mangelernährung weltweit müssen zusammen gedacht werden. Denn
184 die
185 intensive europäische Landwirtschaft hat enorme Auswirkungen auf die Ernährungssicherung
186 und
187 die Ernährungssouveränität in den Ländern des globalen Südens. Entsprechend darf auch die

185 GAP dem Grundsatz-Artikel 208 im Vertrag von Lissabon nicht widersprechen. Was durch
186 Entwicklungsprogramme in anderen Ländern aufgebaut wird, darf nicht durch die negativen
187 Folgen anderer Politikbereiche wieder zurück geworfen werden. Egal ob Saatgut, Düngemittel
188 oder Pestizide - immer weniger Konzerne bestimmen in immer größerem Maße den Agrarsektor.
189 Das schadet sowohl bäuerlichen Betrieben hier in Europa als auch Kleinbäuer*innen weltweit.
190 EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen dürfen nicht die Märkte Afrikas, Asiens und Latein-
191 Amerikas überfluten und so die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zerstören. Unsere
192 im Überschuss hergestellten billigen Lebensmittel zwingen bei uns und in anderen Ländern
193 Bäuer*innen zur Betriebsaufgabe oder nehmen ihnen zumindest Entwicklungschancen. Unser
194 Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den Ländern des globalen
195 Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen.

196 Für die nächste GAP-Reform erwarten wir von der EU-Kommission mehr als Lippenbekenntnisse
197 zur Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen. Die EU muss zum Ziel haben,
198 Kleinbäuer*innen in den Ländern des Globalen Südens dabei zu unterstützen, mit
199 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen und so
200 zur Ernährungssicherung beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch stärker beim Aufbau
201 von Wertschöpfungsketten für die wachsenden städtischen Märkte unterstützt werden, um zur
202 Entwicklung der Länder beizutragen. Mittels eines Beschwerdemechanismus muss sichergestellt
203 werden, dass Fällen unerwünschter Auswirkungen der GAP auch nachgegangen wird, auch wenn
204 bestehende handelsrechtliche Kategorien wie Dumping nicht erfasst werden. In der Verordnung
205 zur GAP sollte auch ein systematisches Monitoring der externen Auswirkungen eingeführt
206 werden. Diese Verantwortung darf die Kommission nicht auf Dritte wie Forschungsinstitute
207 oder NGOs abwälzen.

208 **10. Fairer Agrarwelthandel**

209 Wir fordern Handelsabkommen, die hohe Standards schützen, Möglichkeiten der
210 Weiterentwicklung bieten und Anreize dafür schaffen. Regionale, nachhaltige Landwirtschaft
211 darf durch Agrarhandel nicht gefährdet werden - weder in der EU noch anderswo. Die
212 transatlantischen Abkommen gefährden bäuerliche Betriebe und bedrohen Umwelt- und
213 Verbraucherstandards. Der Abschluss von CETA ermöglicht, dass TTIP quasi durch die Hintertür
214 angewendet wird. Die Interessen großer Konzerne wie große Molkereien und Foodmultis stehen
215 dabei über den Interessen des Gemeinwohls. Die Möglichkeit des Importes gentechnisch
216 veränderter Pflanzen oder geklonter Tiere nach Europa muss unterbunden werden. Die Art der
217 Herstellung, Verarbeitung und Kennzeichnung von Lebensmitteln muss demokratisch und nicht
218 vor Schiedsgerichten entschieden werden. Global und regional müssen wir faire und
219 nachhaltige Spielregeln im Agrarhandel schaffen. Dazu gehört auch, die Länder des Globalen
220 Südens nicht durch Handelsabkommen zur Öffnung ihrer Agrarmärkte zu zwingen und sie beim
221 Aufbau von Wertschöpfung und Erfüllung von Produktstandards zu unterstützen.

222 Für eine Neuausrichtung der GAP nach 2020

223 Für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz, die Qualität der Böden, des Wassers und der Luft
224 sowie den Schutz der Arten und Tiere unseres Planeten brauchen wir eine Neuausrichtung der
225 Europäischen Agrarpolitik. Auch weil der Druck auf den EU-Haushalt steigt, muss sich die GAP
226 neu legitimieren. Dabei steht für uns aber fest, dass die europäische Agrarwende öffentliche
227 Mittel braucht. Denn nur so erreichen wir den Umbau hin zu einer ökologischen und
228 tiergerechten europäischen Landwirtschaft, die den Bäuer*innen in Europa und in sich
229 entwickelnden Ländern faire Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und gesundes und
230 bezahlbares Essen produziert.

231

232 In Zukunft sollen alle GAP-Zahlungen verstärkt an landwirtschaftliche Betriebe gehen, die in
233 den Bereichen des Umwelt-, Natur, Klima- und Tierschutzes nachweislich gesellschaftliche
234 Leistungen erbringen. Die Zahlungen sollen nicht nur eine Ausgleichs-, sondern auch eine
235 Anreizkomponente für umwelt-, natur-, klima- und tiergerechtes Wirtschaften enthalten.
236 Außerdem machen wir uns für einen Naturschutzfonds in Höhe von 15 Milliarden Euro stark, der
237 die Leistungen von Bäuer*innen und anderen Landnutzer*innen im Bereich der Biodiversität
238 honoriert.

239 Wir fordern eine transparente, ziel- und leistungsorientierte Förderpolitik, die
240 gesellschaftliche Ziele, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und einer
241 fairen Handelspolitik abgestimmt ist und das Nachhaltigkeitsziel 2 der Agenda 2030 umsetzt.
242 Durch ein systematisches Monitoring sollen die externen Effekte der GAP überprüft werden.
243 Alle staatlichen Unterstützungsmaßnahmen müssen offengelegt und für alle sichtbar sein. Der
244 Übergang zu einer neuen Förderlandschaft erfordert Zeit und Planungssicherheit, um
245 Landwirt*innen eine Umstellung zu ermöglichen. Solch eine Neuausrichtung der GAP muss die
246 gesamte Wertschöpfungskette von den landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion, den
247 Handel und die Verarbeitung bis hin zu den Verbraucher*innen in den Blick nehmen. So erhöht
248 sich die Akzeptanz der GAP und verbessern sich die Perspektiven der ländlichen Räume.